

AfD Sachsen-Anhalt | Schönebecker Str. 11-13 | 39104 Magdeburg

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt
Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie Sachsen-Anhalt e.V.
Leibnizstraße 4

39104 Magdeburg

nur per E-Mail: eaf-sachsen-anhalt@gmx.de

Magdeburg, den 19.06.2026

Beantwortung: Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 26. Mai 2026, die wir hiermit gern beantworten. Die Beantwortung Ihrer Wahlprüfsteine erfolgt dabei federführend durch Herrn Dr. Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretenden Vorsitzenden und leitenden Programmdirektor der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ohne Weiteres gehen wir davon aus, dass wir unsere Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen parallel in unseren eigenen Veröffentlichungen (online) abbilden dürfen.

Im Falle von Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Patrick Harr
AfD Sachsen-Anhalt
Pressestelle

Antworten der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt zu den Wahlprüfsteinen der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

I. Gleichwertige Lebensverhältnisse / Ländlicher Raum

- 1. Frage:** Mit welchen Strategien wollen Sie dem demografischen Wandel aktiv begegnen und lebenswerte Perspektiven für alle Generationen in Sachsen-Anhalt sichern?

Antwort: Wir begegnen der gesellschaftlichen Überalterung mit einer konsequent familienorientierten Politik. Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung von Familien durch finanzielle Entlastungen, monetäre Anreize, kostenfreie Kita-Plätze sowie eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ziel ist es, Kinderarmut zu bekämpfen und Familiengründungen zu erleichtern. Gleichzeitig setzen wir auf starke Wirtschaftsstrukturen, eine verlässliche Daseinsvorsorge und eine leistungsfähige Infrastruktur. Kommunen sollen finanziell besser ausgestattet und bürokratische Hürden abgebaut werden, damit lebenswerte Perspektiven für alle Generationen entstehen.

- 2. Frage:** Welche konkreten Prioritäten setzen Sie, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu gewährleisten – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Freizeit- und Kulturangebote?

Antwort: Unser Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Deshalb setzen wir unsere Prioritäten auf eine verlässliche Daseinsvorsorge, bezahlbares Wohnen, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie den Erhalt von Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten. Im Bereich Wohnen wollen wir insbesondere jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum erleichtern und durch eine gezielte Eigenheimförderung den Traum von den eigenen vier Wänden auch im ländlichen Raum ermöglichen. Kommunale Wohnungsgesellschaften sehen wir als wichtige Partner für die Bereitstellung von sozialem, altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum. Deshalb wollen wir zusätzliche Fördermöglichkeiten nutzen und Anreize für den Ausbau barrierefreier Wohnungen schaffen. Für eine langfristig gesicherte Mobilität setzen wir auf die Sanierung von Straßen und Brücken, den Abbau des Investitionsstaus in der Verkehrsinfrastruktur sowie eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Der öffentliche Nahverkehr soll dort gestärkt werden, wo er sinnvoll ergänzt, gleichzeitig bleibt das Auto insbesondere im ländlichen Raum unverzichtbar. Im Bildungsbereich dürfen Schulen und Kitas nicht allein aufgrund statistischer Mindestgrößen geschlossen werden. Regionale Besonderheiten müssen stärker berücksichtigt werden. Familien sollen unabhängig vom Wohnort vergleichbare Chancen auf Bildung, Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Freizeit-, Vereins- und Kulturangebote leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir Kinder und Jugendliche bei der Teilnahme an Vereinsangeboten unterstützen und die Kommunen bei der Pflege von Brauchtum, Traditionen und kulturellem Leben vor Ort stärken.

3. **Frage:** Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den ländlichen Raum gezielt stärken und der Abwanderung von Familien sowie jungen Menschen entgegenwirken?

Antwort: Der ländliche Raum soll wieder Zukunftsraum werden. Wir setzen auf den Erhalt wohnortnaher Schulen und Kitas, eine starke medizinische Versorgung, Investitionen in Straßen und digitale Infrastruktur sowie die Förderung von Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand. Kostenfreie und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum, attraktive Arbeitsplätze und bessere Ausbildungsbedingungen sollen Abwanderung verhindern und jungen Menschen Perspektiven vor Ort bieten.

4. **Frage:** Wie sichern und verbessern Sie eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung – insbesondere im ländlichen Raum?

Antwort: Wir betrachten die Gesundheitsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Krankenhäuser im ländlichen Raum erhalten, Geburtshilfe und Kinderheilkunde absichern sowie die hausärztliche Versorgung stärken. Dazu sollen zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen und ein Landarztstipendium ausgebaut werden, das Absolventen an Sachsen-Anhalt bindet. Pflegekräfte und Ärzte müssen zudem von übermäßiger Bürokratie entlastet werden. Soweit bundesrechtliche Regelungen betroffen sind, insbesondere bei der Krankenhausfinanzierung oder der Sozialversicherung, werden wir uns über Bundesratsinitiativen für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Flächenländer einsetzen. Unser Ziel bleibt eine wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Menschen in Sachsen-Anhalt.

II. Frühkindliche Bildung / Kita-Qualität

Studien weisen seit Jahren auf kritische Fachkraft-Kind-Relationen in Sachsen-Anhalt hin.

1. **Frage:** Welche verbindlichen Zielwerte für den Fachkraft-Kind-Schlüssel streben Sie bis 2030 in Krippen und Kindergärten an? Wie werden diese im Landeshaushalt konkret finanziert?

Antwort: Wir wollen die Fachkraft-Kind-Relation in den Kindertagesstätten spürbar verbessern, damit Erzieher wieder ausreichend Zeit für Bildung, Betreuung und individuelle Förderung haben, dies haben wir bereits mehrfach in den parlamentarischen Debatten der 8. Wahlperiode erwähnt. Die derzeitige Fachkraftquote wird den Bedürfnissen der Kinder sowie den Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte vielfach nicht gerecht. Deshalb streben wir schrittweise Verbesserungen an, die bis 2030 realistisch und verlässlich umgesetzt werden können. Die Finanzierung muss aus Landesmitteln erfolgen und darf nicht zu weiteren Belastungen der Eltern oder Kommunen führen. Dafür wollen wir Prioritäten im Landeshaushalt neu setzen, Bürokratie abbauen und Mittel stärker auf die Kernaufgaben Bildung, Betreuung und Familienförderung konzentrieren. Auch eine Verschlinkung der Ministerialbürokratie wird dazu beitragen, zusätzliche finanzielle Spielräume für die Verbesserung der Betreuungsqualität zu schaffen. Parallel dazu wollen wir den Erzieherberuf attraktiver machen und Fachkräfte langfristig im Land halten. Unser Ziel ist eine dauerhaft bessere Betreuungsqualität, von der Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte gleichermaßen profitieren.

2. **Frage:** Wie sichern Sie die Qualität der Kita-Arbeit bei sinkenden Kinderzahlen – beispielsweise durch Kita-Sozialarbeit?

Antwort: Sinkende Kinderzahlen dürfen nicht automatisch zu Standortschließungen führen. Wir sehen darin vielmehr die Chance, die Betreuungsqualität zu verbessern, kleinere Gruppen zu ermöglichen und den Erziehern mehr Zeit für die individuelle Förderung der Kinder zu geben. Die für die Kinderbetreuung bereitgestellten Landesmittel sollen deshalb perspektivisch nicht im gleichen Maße wie die Kinderzahlen reduziert werden, sondern vorrangig zur Qualitätsverbesserung eingesetzt werden. Im Mittelpunkt stehen für uns verlässliche Bezugspersonen, Sprachförderung, Bewegung sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Sinkende Kinderzahlen eröffnen die Möglichkeit, Fachkräfte stärker auf die individuelle Förderung und Begleitung der Kinder zu konzentrieren. Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz, dass Erziehung in erster

Linie Aufgabe der Eltern bleibt und nicht durch staatliche Strukturen ersetzt werden darf. Kitas müssen wieder stärker ihrem eigentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden. Der Bildungsauftrag umfasst dabei die Förderung der sprachlichen Kompetenz sowie eine gute Vorbereitung auf die Schule.

3. **Frage:** Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Kita- und Schulstandorte insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu erhalten?

Antwort: Wir wollen verhindern, dass ländliche Regionen durch die Schließung von Schulen und Kitas weiter an Attraktivität verlieren. Deshalb setzen wir uns für flexible Mindestgrößen, Verbundlösungen und eine stärkere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten ein. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, wohnortnahe Bildungsangebote dauerhaft vorzuhalten. Um kleine Schulstandorte zu sichern, wollen wir die Mindestschülerzahl absenken und den Schulen größere organisatorische Freiheiten einräumen. Dazu gehören beispielsweise jahrgangsübergreifende Unterrichtsformen, wo diese pädagogisch sinnvoll und organisatorisch notwendig sind. Förderprogramme des Landes sollen gezielt auf den Erhalt kleiner Standorte ausgerichtet werden. Auch bei Kindertagesstätten müssen gemeinsam mit den Kommunen tragfähige Lösungen entwickelt werden, damit Betreuungsangebote vor Ort erhalten bleiben. Sinkende Kinderzahlen dürfen nicht automatisch zum Wegfall von Bildungs- und Betreuungsangeboten führen, sondern müssen als Chance genutzt werden, die Qualität zu verbessern. Familien müssen sich darauf verlassen können, dass Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch künftig wohnortnah erreichbar bleiben. Der Erhalt von Schulen und Kitas ist für uns ein zentraler Baustein, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebens-, Arbeits- und Familienort dauerhaft zu stärken.

4. **Frage:** Wie stellen Sie sicher, dass pädagogische Fachkräfte ausreichend auf die Begleitung von Kindern mit besonderen Lebenslagen, etwa mit belastenden Vorerfahrungen oder aus Pflege- und Adoptivfamilien, vorbereitet sind?

Antwort: Kinder aus Pflege- und Adoptivfamilien sowie Kinder mit belastenden Vorerfahrungen benötigen besondere Aufmerksamkeit, verlässliche Bindungen und ein stabiles Umfeld. Hierbei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Pflegefamilien, Kitas und Jugendhilfe, damit Hilfen frühzeitig und passgenau erfolgen können. Pädagogische Fachkräfte benötigen dafür praxistaugliche Fortbildungen, feste Ansprechpartner und ausreichend Freiräume für die individuelle Förderung der Kinder. Entscheidend ist,

dass betroffene Kinder Sicherheit, Orientierung und die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre persönliche und schulische Entwicklung erhalten.

III. Schulbildung

1. **Frage:** Wie stellen Sie sicher, dass Schulsozialarbeit mindestens im bisherigen Umfang dauerhaft und verlässlich aus Landesmitteln finanziert wird?

Antwort: Anstatt die Schulsozialarbeit immer weiter auszubauen, wollen wir die Ursache, die dazu führen, dass Schulsozialarbeit für nötig gehalten wird, bekämpfen. In einem ersten Schritt werden wir Schulsozialarbeit nur noch dort finanzieren, wo ein nachgewiesener Bedarf besteht, etwa an Schulen in sozialen Brennpunkten. Sodann werden wir im Rahmen eines ganzheitlichen, alle Politikfelder umfassenden Ansatzes die Probleme, die der Schulsozialarbeit zugrunde liegen, angehen. Es kann nicht sein, dass wir uns dauerhaft damit abfinden, dass die Schulen Sozialarbeit anbieten, denn Sozialarbeit ist keine Aufgabe der Schule.

2. **Frage:** Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie den Lehrkräftemangel nachhaltig beheben und eine stabile Unterrichtsversorgung in allen Schulformen und Regionen sicherstellen?

Antwort: Der Lehrermangel ist nicht eine Ursache, sondern ein Symptom der Bildungskrise. Es nicht schlecht um die Bildung, weil Lehrer fehlen, sondern, weil es schlecht um die Bildung steht, fehlen Lehrer. Diese Krise ist keine Krise des Geldes, sie ist eine Krise des Geistes. Die Schule wird mit einer Fülle nicht-schulischer, bildungsferner Aufgaben überlastet, sodass sie ihre eigentliche Aufgabe, Bildung und Wissen zu vermitteln, nicht mehr erfüllt. Wir werden die Schule wieder zu ihren eigentlichen Aufgaben befreien und so ein ideales Lernumfeld schaffen. Durch Sonderklassen für Flüchtlingskinder entlasten wir unsere Schulen. Es darf nicht sein, dass die Folgen einer verfehlten Einwanderungspolitik auf dem Rücken unserer Kinder abgeladen werden. Sodann beenden wir die Inklusion und sorgen in einem leistungsdifferenzierten Schulsystem für relativ homogene Klassen, weil ein relativ homogener Klassenverband eine Voraussetzung für gemeinsame Lernziele und damit für das Gelingen von Bildung ist. Weiterhin wollen wir politische Indoktrination und Regenbogenpropaganda einstellen und die Schulen zu politischer Neutralität verpflichten. Die Schule soll keine richtige Meinung vermitteln, sondern Wissen. Verbunden damit werden wir die Schulen von viel Bürokratie entlasten. Alles in allem schaffen wir so ein Umfeld, in dem es wieder Freude bereitet, Lehrer zu sein. Damit, und nicht mit wenigen hundert Euro mehr Gehalt als in

anderen Bundesländern, werden wir die besten Lehrer nach Sachsen-Anhalt holen.

3. **Frage:** Wie wollen Sie die Bildungsinhalte an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen – insbesondere in den Bereichen finanzielle Bildung, digitale Kompetenzen und soziale Fähigkeiten?

Antwort: Bildung lebt nicht von Innovation, sondern von Tradition. Ständige Reformen und Neuausrichtungen schaden dem Bildungssystem. Das, was man als „finanzielle Bildung“ beispielsweise bezeichnen könnte, beruht zu weiten Teilen auf Mathematik. Die Zinsrechnung, die Funktionsweise von Hebelprodukten, die Preisbewegungen an der Börse lassen sich ohne solide Kenntnisse in Mathematik nicht verstehen. Wem diese Kenntnisse fehlen, bringt auch die „finanzielle Bildung“ nichts, und wer diese Kenntnisse hat, kann sich das, was die „finanzielle Bildung“ darüber hinaus zu bieten hat, leicht selbst aneignen. Ebenso gibt es keine digitalen Kompetenzen, sondern nur Kompetenzen transformiert ins Digitale. Wer mit gedruckten Texten nicht umgehen kann, kann auch nicht mit Texten auf dem Tablet umgehen. Es entsteht der Eindruck, dass immer neue „Kompetenzen“ erfunden und ihnen blumige Bezeichnungen gegeben werden, um über den im Hintergrund stehenden Bildungsverfall hinwegzutäuschen. Wir werden unseren Kindern echte Bildung, valides Wissen und harte Kompetenzen beibringen, wodurch wir sie bestmöglich auf die Zukunft vorbereiten.

4. **Frage:** Welche Strategien verfolgen Sie, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern?

Antwort: Der Übergang von der Schule in den Beruf gestaltet sich am leichtesten, wenn die Schulabgänger über ein gutes Leistungsniveau verfügen. Ausbildungsbetriebe in allen Bereichen klagen darüber, dass die Kompetenz der Schulabsolventen zu wünschen übriglässt. Wir wollen schon in der Schule darauf achten, auch praxistaugliches Wissen zu vermitteln. Im Rahmen des Schulfachs „Informatik“ etwa soll nicht nur Programmieren, sondern auch die Anwendung der einschlägigen Bürosoftware (Word, Excel etc.) eingeübt werden.

IV. Familienbildung und Unterstützungsangebote

Die vom Land geförderten Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien, insbesondere im ländlichen Raum.

1. **Frage:** Wie wollen Sie die derzeit nicht auskömmliche Finanzierung (aktuell 32.700 € für 0,7 VBE) verbessern und eine bedarfsgerechte Förderung sicherstellen?

Antwort: Familienzentren können im ländlichen Raum einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien leisten. Wenn die derzeitige Förderung von 32.700 Euro für 0,7 Vollzeitstellen nachweislich nicht ausreicht, um den tatsächlichen Personal- und Sachaufwand zu decken, muss die Finanzierung überprüft und an die realen Erfordernisse angepasst werden. Entscheidend ist für uns jedoch nicht die Zahl der geförderten Projekte, sondern der konkrete Nutzen für Familien. Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz, dass staatliche Angebote die Familie unterstützen, aber nicht ersetzen dürfen. Familienzentren sollten deshalb vor allem dazu beitragen, Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken, Familien frühzeitig zu unterstützen und wohnortnahe Hilfen bereitzustellen.

V. Familienarmut und besondere Bedarfe

1. **Frage:** Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um Kinder- und Familienarmut wirksam zu reduzieren – insbesondere bei Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien?

Antwort: Wir wollen Familienarmut durch Entlastung und Stärkung der Familie bekämpfen. Dazu gehören kostenfreie Kita-Plätze ab dem ersten Kind, kostenfreies Schulessen, ein Kinderwillkommengeld sowie bessere Rahmenbedingungen für Wohneigentum und Familiengründung. Familien sollen gezielt bei Gebühren, Mobilität und Alltagskosten entlastet werden. Da viele sozial- und steuerrechtliche Fragen Bundeskompetenzen betreffen, setzen wir uns zusätzlich über den Bundesrat für eine stärkere Anerkennung von Familienleistungen sowie eine familienfreundlichere Steuer- und Sozialpolitik ein.

2. **Frage:** An welchen messbaren Zielen wollen Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen festmachen?

Antwort: Erfolgreiche Familienpolitik muss sich an konkreten Ergebnissen messen lassen. Deshalb wollen wir regelmäßig überprüfen, ob mehr junge Menschen und Familien dauerhaft in Sachsen-Anhalt bleiben, ob die Geburtenzahlen steigen und ob Familien bessere Rahmenbedingungen für die Gründung und Erziehung von Kindern vorfinden. Ebenso wichtig sind für uns die Entwicklung von Wohneigentum bei Familien, die Erreichbarkeit von Kitas, Schulen und medizinischer Versorgung sowie die Zahl erfolgreich

abgeschlossener Ausbildungen. Im Bildungsbereich müssen sich Maßnahmen zudem an einer besseren Unterrichtsversorgung und geringeren Unterrichtsausfällen messen lassen. Familienförderung ist dann erfolgreich, wenn Familien spürbar entlastet werden, Kinder gute Bildungs- und Entwicklungschancen erhalten und das Leben mit Kindern in Sachsen-Anhalt wieder attraktiver wird. Förderprogramme und Maßnahmen müssen deshalb regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, damit Kinder in Sachsen-Anhalt kein Armutsrisiko mehr darstellen.

VI. Verteilung von Sorgearbeit / Gleichstellung

Studien zeigen weiterhin eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern.

- 1. Frage:** Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen unterstützen Sie, um eine partnerschaftliche Aufteilung zu fördern?

Antwort: Wir setzen auf Wahlfreiheit statt staatlicher Vorgaben. Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie Erwerbs-, Erziehungs- und Pflegearbeit organisieren. Aufgabe des Landes ist es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören eine gute Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige. Soweit Fragen der Renten-, Steuer- oder Sozialpolitik betroffen sind, kann das Land lediglich über Bundesratsinitiativen Einfluss nehmen. Hier setzen wir uns für eine stärkere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegeleistungen ein.

- 2. Frage:** Welche Rolle sollen Schulen und Kitas bei der Vermittlung von Geschlechterrollen und Gleichstellung einnehmen?

Antwort: Schulen und Kitas haben die Aufgabe, Kinder zu bilden, zu fördern und auf ein eigenverantwortliches Leben vorzubereiten. Sie sollen Respekt, gegenseitige Achtung vermitteln. Gleichzeitig lehnen wir es ab, Bildungseinrichtungen für ideologische oder gesellschaftspolitische Umerziehungsprojekte zu nutzen.